Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 01. September 2015 um 15:45 Uhr

„Gespräche reichen nicht!“
Björn Försterling: Niedersachsen braucht 100-Millionen-Euro-Bildungsprogramm für Flüchtlingskinder

Dienstag, 1. September 2015 - **Hannover (wbn). Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Björn Försterling, mahnt schnelle und konkrete Maßnahmen zur Sprachförderung von Flüchtlingskindern an.**

„Jetzt ist nicht die Zeit für Gespräche. Die Kinder kommen ab Donnerstag an die Schulen, ohne dass es ausreichend Möglichkeiten gibt, damit sie vernünftig Deutsch lernen“, sagte Försterling. Für ihn sei es absolut unverständlich, warum die Kultusministerin sich weiterhin so zögerlich verhalte und in keiner Weise auf die aktuelle Situation reagiere.

Fortsetzung von Seite 1

„Niedersachsen braucht jetzt ein 100-Millionen-Euro-Bildungsprogramm für Flüchtlingskinder“, forderte Försterling. Nötig seien rund 2.000 Lehrkräfte für etwa 2.100 Sprachlernklassen, rechnet der FDP-Politiker vor.

Deutsche Sprache ein Schlüssel zur Integration

Die Landesregierung müsse endlich erkennen, dass der Erwerb der deutschen Sprache ein wichtiger Schlüssel zur Integration sei. Die FDP-Fraktion fordert bereits seit langem eine deutliche Erhöhung der Sprachlernklassen im Land. Bislang hat Rot-Grün lediglich weitere

500.000 Euro zur Verfügung gestellt, was gerade einmal für 20 neue Sprachlernklassen für ein Schulhalbjahr reicht. Försterling: „Das reicht bei weitem nicht. Der Finanzminister schwimmt in den Steuereinnahmen und dennoch versagt die Landesregierung bei diesem wichtigen Aspekt der Integration. Man kann nicht nur von Willkommenskultur reden, sie muss auch politisch realisiert werden."

Hintergrund: Bildungsverbände haben bereits dringende Hilfen für die Schulen angesichts von rund 30.000 schulpflichtigen Flüchtlingskindern, die in diesem Jahr nach Niedersachsen kommen, gefordert. Die Lehrergewerkschaft GEW wollte dazu heute einen entsprechenden Forderungskatalog an das Land vorstellen. In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung kündigte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt an, dass sie in den kommenden Wochen die Verbände zu diesem Thema zu Gesprächen einladen wolle.